



KURZ GESAGT

Hilfe für den öffentlichen Dienst

Um ein Stadtbudget zusammen zu bringen, denken ÖVP und Grüne an Einsparungen bei den Magistratsbediensteten. Bürgermeister Siegfried Nagl etwa ortet die Ursache für die Finanzprobleme darin, dass man die Magistratsbediensteten unter Kündigungsschutz gestellt hat. Grünen-Vizebürgermeisterin Lisa Rücker geht noch weiter und will den erweiterten Kündigungsschutz nach zehn Jahren beim Magistrat kappen. „Was bei den Beamt/inn/en anfängt, setzt sich bei allen anderen Beschäftigten fort“, warnt KPÖ-Stadträtin Elke Kahr, „dann verschlechtern sich Beschäftigungsbedingungen, Löhne und Pensionen aller“.

Hohe Gewinne, wenig Lohn

Die Gewinne der Unternehmen steigen – auf Kosten der Beschäftigten. Von 2003 bis 2007 gab es bei 65 steirischen Unternehmen im Durchschnitt eine Gewinnsteigerung von 230%, während die Löhne zur gleichen Zeit nur um 15% gestiegen sind. Rechnet man die Inflation ein, bleiben nur 1,5% übrig.

Aussicht verbaut

Beim Bebauungsplan Fichte-Straße/Grüne Gasse formiert sich massiver Widerstand von Seiten der Eigenheimbesitzer in der Grüne Gasse. Ihnen wird, kurz nachdem sie die Wohnungen erworben haben, ein viergeschoßiger Bau vor die Nase gesetzt, wenn dieser Bebauungsplan so zur Umsetzung gelangt. „Die Vorgabe des Stadtentwicklungskonzepts, das die Freihaltung von Innenhöfen vorsieht, wird hier leider nicht befolgt“, bekräftigt KPÖ-Gemeinderat Manfred Eber die Einwände der Anrainer.

AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

Neuer Gemeinderat

Manfred Eber (43) rückt für die KPÖ in den Grazer Gemeinderat nach. Der KPÖ-Bezirkssekretär in Graz wurde bei der Gemeinderatssitzung angelobt.



Befürchteter Flop

Wie von der KPÖ stets befürchtet ist das Grazer Handelsmarketing ein Flop, wie der Rechnungshof unlängst bestätigte. Allein der Graz-Bonus habe ein Minus von einer halben Million Euro in der Stadtkasse hinterlassen, kritisiert KPÖ-



Klubchefin Ina Bergmann. Insgesamt hat das Handelsmarketing in den letzten drei Jahren 3,2 Millionen Euro verschlungen, eine Million extra kostete der Skandal rund um die Innenstadtinitiative. Die KPÖ hat den Anstoß zur Prüfung gegeben.

Ohne Maastricht

Die Maastricht-Kriterien der EU zwingen der Stadt ein Finanzkorsett auf, das kaum einzuhalten ist. Experten raten schon länger, den Maastricht-Stabilitätspakt aufzugeben. KPÖ-Klubchefin Ina Bergmann stellte nun den Dringlichkeitsantrag, den Bund aufzufordern, besagten Stabilitätspakt aufzugeben; zumindest für die Krisenzeit, in der das 100-Milliarden-Hilfspaket des Bundes wirksam ist. Der KPÖ-Antrag wurde in



einen gemeinsamen Antrag umgewandelt und einstimmig beschlossen.

Andreas Hofer Platz

Das Aussehen des Andreas Hofer Platzes ist vielen ein Dorn im Auge. Deshalb hat die Stadt die Gestaltung des Platzes der Baufirma Acoton zugesprochen. Das könnte



nun in die Hose gehen. Der Europäische Gerichtshof prüft, ob bei derartigen Geschäften zwischen Stadt und Bauträger die Vergaberichtlinien befolgt wurden. Der Gerichtshof hat seinerzeit am Umbau der Thalia – auch durch die Acoton – kein gutes Haar gelassen.

15% MEHR FÜR DIE PARTEIEN Auch FP und BZÖ machen mit



Kaum ist das neue Parlament zusammgetreten, gönnen sich die Parteien gleich satte Förderungen. 17,85 Millionen Euro haben sich SPÖ, ÖVP, FPÖ, BZÖ und Grüne einstimmig genehmigt – um 2,3 Millionen Euro (oder 15 Prozent) mehr als zuletzt. Nun bekommen auch die Wahl-

verlierer SPÖ und ÖVP wieder soviel wie vor der Wahl.

Besonders originell BZÖ-Grosz: In Graz regt er sich lautstark über höhere Parteigelder auf, in Wien hebt er brav die Hand. Man setzt also dreist auf großzügige Selbstbedienung. Nur in Italien sind die Parteiförderungen noch höher.

DER FALL KOMMUNALKREDIT

Beispiel Kommunalkredit, eine Bank, die von der Republik gerettet werden musste: Diese Bank soll Projekte der Gemeinden (auch der Stadt Graz) finanzieren. Man hat aber auf Zypern mit riskanten Papieren spekuliert, um 16 Milliarden Euro. Nach der Pleite hat der Staat diese Bank im letzten Moment aufgefangen, damit die Gemeinden nicht in Probleme kommen. Verantwortlich war Vorstandsdirektor Reinhard Platzer.

Jetzt musste er zurücktreten. Was das für seine Ansprüche bedeutet, steht in den Sternen. Die jetzige SPÖ-Ministerin Claudia Schmied war übrigens bis 2007 Vorstandskollegin von Platzer in der Kommunalkredit.